

MITTEILUNG | 23.11.2004

# **Reiche/Schummer/Lensing: Anhörung bestätigt Unionslinie zur Berufsbildung**

Herausgeber: Volker Kauder MdB  
Redaktion:  
Eva Christiansen (030) 227-5 23 60  
Matthias Barner (030) 227-5 48 06  
Christiane Schwarte (030) 227-5 53 75  
Katrin Kohl (030) 227-5 27 03  
Telefax (030) 227-5 66 60  
fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

Zur heutigen Expertenanhörung zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes erklären die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche MdB und die zuständigen Berichterstatter Uwe Schummer MdB und Werner Lensing MdB:

Für ein Stufenmodell der beruflichen Bildung gibt es von den Experten Zustimmung. Damit wird jungen Menschen die Chance gegeben, nach der ersten Stufe bereits einen Abschluss zu erreichen. Beim bisherigen Prinzip „Alles oder Nichts“ bleiben jährlich 100 000 Schulabgänger auf der Strecke. Wer die 1. Stufe schafft, der kommt automatisch in die 2. Stufe und hat am Ende seinen Vollabschluss. Hauptschüler würden auch dort wieder zugelassen, wo heute mittlere Reife oder Abitur zwingend gefordert werden. Uns geht es um mehr Differenzierung und Flexibilisierung. Zugleich gibt es von uns ein klares Bekenntnis zum Berufskonzept.

Auch zeichnet sich ab, dass von Länderseite in der Föderalismuskommission nicht mehr die Zuständigkeit für die Betriebliche Bildung gefordert wird. Damit ist die Haltung der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestätigt. Die Berufliche Bildung muss weiterhin beim Bund geregelt bleiben, damit es nicht zu

einer Zersplitterung der Berufsausbildung mit negativen Folgen, insbesondere für überregional agierende Unternehmen, kommt.

Eindeutig ist die Ablehnung der Experten einer gesetzlichen Regelung, die die zwangsweise Einrichtung von regionalen Berufsbildungskonferenzen fordert. Dies bedeutet zusätzliche Bürokratie ohne erkennbaren Nutzen. Eine gesetzliche Verankerung ist zudem überflüssig, da die

jeweils relevanten Akteure in den Regionen bereits schon heute erfolgreich zusammenarbeiten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Betriebliche Ausbildung stärken und ist nach wie vor an einer vernünftigen Einigung mit der Bundesregierung interessiert. Nimmt man die Stellungnahmen der Sachverständigen ernst, bieten diese eine gute Grundlage für ein tragfähiges Konsens.